

Geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine unbürokratisch helfen

- **Philologenverband NRW verurteilt völkerrechtswidrigen Angriff**
- **Ankommen, Schutz finden und Deutsch lernen haben Priorität**
- **Unterstützung für Schulen und Lehrkräfte dringend notwendig**

Düsseldorf, 16. März 2022. Der nordrhein-westfälische Philologenverband (PhV NRW) verurteilt den völkerrechtswidrigen russischen Angriff auf die Ukraine aufs Schärfste. „Dieser Konflikt ist nicht ein Krieg des russischen Volkes, sondern ein Krieg des russischen Präsidenten Putin, der sich gegen das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes richtet und Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa bedroht. Daher dürfen auch die zahlreichen russischstämmigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland keinesfalls in Mithaftung genommen werden“, sagt die PhV-NRW-Vorsitzende Sabine Mistler. „Mit großer Sorge blicken wir auf die Ukraine und hoffen, dass dieser Krieg möglichst schnell ohne weiteres Blutvergießen beendet werden kann.“

Die Leidtragenden des Konflikts sind vor allem Kinder und Jugendliche, die vor dem Krieg fliehen müssen, anstatt die Schule besuchen zu können. „Alle Beteiligten müssen jetzt zusammenhalten und den ukrainischen Schülerinnen und Schülern unbürokratisch und ohne Zuständigkeitsgerangel einen angstfreien Raum in den Schulen schaffen“, sagt Mistler. „Ich bin mir sicher, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer ihr Bestes geben, um die Neuankömmlinge in ihrer neuen Umgebung willkommen zu heißen.“

Um die geflüchteten Kinder und Jugendlichen bestmöglich unterstützen zu können, erwartet der PhV NRW von den zuständigen Behörden und Schulträgern, dass sie zusätzliche Unterrichts- und Fachräume bereitstellen. Zudem muss schnell weitere schulpsychologische Unterstützung ins Boot geholt werden, um die von Kriegshandlungen und Flucht traumatisierten Kinder und Jugendliche aufzufangen. „Besonders wichtig ist zudem, dass die Geflüchteten möglichst schnell die deutsche Sprache lernen. Sie ist die Grundlage, um in der neuen Umgebung schnell Fuß fassen zu können und an den Schulen schnell anzukommen.“

Der Fokus muss aber auch auf den Lehrkräften liegen: „Wir dürfen diejenigen, die jetzt schnell und kompetent helfen, nicht allein lassen, auch die Unterstützer benötigen Unterstützung“, mahnt Mistler. Sie fordert das nordrhein-westfälische Schulministerium deshalb auf, zu prüfen, an welchen Stellen zusätzliche Entlastung möglich ist. „Es wäre beispielsweise sinnvoll zu prüfen, wo vorwiegend bürokratische Aufgaben ausgesetzt werden können.“

Ein Beispiel aus den vergangenen Wochen zeigt, dass Entlastung für Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer durchaus möglich ist. Nach einer Intervention des PhV NRW hat das Schulministerium entschieden, die anstehenden Vergleichsarbeiten für die achten Klassen (Vera-8) nicht mehr verpflichtend, sondern auf freiwilliger Basis anzusetzen. Denn diese Arbeiten mit zusätzlich hohem Korrekturaufwand hätten ohnehin keine Relevanz für die Notengebung gehabt. Es handelt sich um bundesweite Vergleichsarbeiten, deren Validität durch große coronabedingte Unterschiede in den Lerngruppen ohnehin infrage zu stellen ist.

20220316_PM_Geflüchtete